

AKTUELL

SPÉTZELDÉNGSCHT :

Verheimlichung als Auftrag

Richard Graf

300.000 Schnüffelakten? Zumindest im Sammeln von Daten scheint der hiesige Geheimdienst im internationalen Vergleich bestehen zu können. Überflüssig scheint er trotzdem.

„Es gibt keinen Grund, warum der luxemburgische Geheimdienst nicht das tun sollte, was ausländische Geheimdienste immer wieder tun: Im Auftrag der Regierung die politische Opposition bespitzeln, von Parteien über Gewerkschaften bis hin zu NGOs.“ Das schrieb die woxx 2004 anlässlich der Reform des Geheimdienst-Gesetzes. Eine Kritik, die seinerzeit von den Betreibern der Reform zurückgewiesen wurde. Luxemburg brauche einen Geheimdienst, weil faktisch alle anderen Staaten einen solchen hätten und es wichtig sei, eine Anlaufstelle zu haben, die den Kontakt mit ausländischen Nachrichtendiensten pflegt - so die Argumentation von Alex Bodry (LSAP) seinerzeit im woxx-Interview. Damit wollte er erklären, weshalb seine Partei nicht mehr die komplette Abschaffung des „SpëtzelDéngscht“ forderte.

Die Reform von 2004 war eigentlich schon mehr als ein Jahrzehnt zuvor versprochen worden. Nach dem Ende des Kalten Krieges galt das Anfang der 1960er Jahre geschaffene Instrument, das ausschließlich unter der Kontrolle des jeweiligen Premierministers stand, als etwas angestaubt. Doch in gewohnter CSV-Manier verschleppten Jacques Santer und sein Nachfolger Jean-Claude Juncker die Reform, bis der 9. September 2001 das Unsicherheitsgefühl in der Bevölkerung auf ein Niveau brachte, das dem aus den Zeiten des „Gleichgewichts des Schreckens“ in nichts nachstand.

Zahnloser Tiger

So bekam Luxemburg im Juni 2004 eine Reform, die eher eine Kräftigung des Geheimdienstes darstellte als seine Rückführung in die rechtsstaatlichen Schranken. Bis zu 60 Mitarbeiter sollte der neue Dienst nach 2004 zählen dürfen; sein Auftragsgebiet wurde ausdrücklich um „neue Gefahren“ erweitert. Im Gegenzug sollte allerdings seine Kontrolle verbessert werden. Eine von einem Oppositionspolitiker geführte Spezial-

kommission sollte fortan regelmäßig in den Mauern des Geheimdienstes zusammentreten um Aufschluss über das Gebaren der Behörde zu erhalten.

Die lange verschleppte Affäre um den vormaligen Geheimdienstchef Marco Mille macht deutlich, wie sehr die damals von den Gegnern des Geheimdienstes geäußerte Kritik, diese Kontrolle sei ein zahnloser Tiger, zutrifft. Zum einen setzt sich die parlamentarische Kommission ausschließlich aus den Chefs der Fraktionen zusammen. Parlamentarische Mitarbeiter, die eventuell spezielle Kompetenzen aufweisen, sind ausdrücklich ausgeschlossen. Zum anderen ist die Offenbarungspflicht des Geheimdienstes dadurch empfindlich eingegrenzt, dass dessen Direktor der Kommission Informationen über Vorgänge vorenthalten kann, wenn er der Meinung ist, dass den Zuträgern Nachteile entstehen könnten.

Gestern rief Premier Juncker die Presse nach langem Schweigen zum anderthalbstündigen Hochamt und beschwor vor allem auf die großen Gefahren, die das Land bedrohten und die es ihm als politischem Chef des Geheimdienstes nicht erlaubten, alle Details offenzulegen. Er versicherte, dass er bei seinem Amtsantritt sofort Order gegeben habe, keinerlei Inlandsspionage mehr zu betreiben. Damit hat er es immerhin unterlassen, seinen Vorgängern im Amt einen Persilschein auszustellen. Sein langes Schweigen erlaubt ihm auch, in bekannter Manier irregeleitete Spekulationen zu dementieren, ohne dabei auf eigentlichen Missstände eingehen zu müssen. So zum Beispiel auf den Fall des grünen Fraktionssekretärs Abbes Jacoby, über den vom Geheimdienst eine Akte angelegt wurde. Juncker dementierte formell, Jacoby sei abgehört worden, was in der Form aber kein Journalist je geschrieben hatte.

Auch wenn die Vorkommnisse um Mille um Jahre zurückliegen, konnte Juncker sein Versprechen, die Verselbständigung des Geheimdienstes verhindern zu wollen, nicht völlig glaubhaft machen. Die jetzt eingesetzte Kontrollkommission wird es bei der geltenden Geheimhaltungspflicht nicht ganz leicht haben, die von Juncker unterlassene Aufklärung stellvertretend für ihn zu leisten.

SHORT NEWS

Putain, 30 ans !

Il était encore tout jeune, un visage poupon orné de grosses lunettes d'appareilchik soviétique : en 1982, à l'âge de 28 ans, Jean-Claude Juncker faisait son entrée au gouvernement en tant que secrétaire d'Etat au Travail. Trente ans que Jean-Claude Juncker appartient sans interruption à un gouvernement, dont 18 années en tant que premier ministre. Une raison pour le mensuel Forum de consacrer plusieurs articles à ce que l'on peut appeler le « phénomène Juncker ». Contrairement à la plupart des auteurs des articles qui lui sont consacrés dans la presse nationale ou étrangère, ceux de Forum ne tombent pas dans l'adulation béate. Le long article d'introduction qu'ils dédient à son parcours est même intitulé « Der Mann ohne Eigenschaften ». Ils vont encore plus loin, en augurant la fin prochaine du parcours de cette bête politique qui provoque aussi bien fascination que révolution. Comme tout chef qui se respecte, Juncker possède une bonne dose de charisme. Mais encore faut-il en comprendre les ressorts, et dans un des autres articles, c'est le psychanalyste Thierry Simonelli qui s'est attelé à la tâche. Mais en fait, le dossier Juncker de Forum en cache un autre, qui ne doit pas passer inaperçu : la question des langues et de leur enseignement y est traitée in extenso. Une question tout aussi fondamentale pour le Luxembourg, sinon plus.

Arcelormittal évite les nationalisations

Les socialistes français commencent petit à petit à montrer leur vrai visage, ou mieux dit, leur double langage : d'un côté, le ministre du redressement productif, Arnaud Montebourg et même le président François Hollande, ont joué publiquement avec l'idée de nationaliser le site de Florange, juste pour mieux accepter un nouveau marché avec Lakshmi Mittal. Certes, celui-ci a donné des garanties d'investissement pour le site et un maintien dans l'emploi, mais la question de la confiance qu'on peut encore avoir face à un homme industriel qui a brisé ses promesses tant de fois, demeure. D'autant plus qu'un autre projet dans lequel beaucoup d'espoirs étaient placés vient d'être annulé. Il s'agit du projet Ucos, qui aurait prévu le stockage sous-terrain du CO₂ émis par les hauts-fourneaux. L'abandon de ce projet serait lié à des difficultés techniques, sans qu'on puisse en savoir plus. Pendant longtemps, l'annonce de ce projet a été perçue comme une garantie qu'au moins un des hauts-fourneaux serait réallumé. Tant pis pour cela. Mais d'un autre côté, qu'attend-on d'une firme qui s'est laissée pousser dans sa politique industrielle par la banque Goldman-Sachs, l'architecte de la crise financière, comme l'a révélé le site français Mediapart il y a quelques jours ?

Polemik um Mamer Amenagierungsplan

Nachdem auch der Mouvement écologique Einspruch gegen den Plan d'aménagement général (PAG) eingelegt hatte, bekamen der Mamer Bürgermeister Gilles Roth und sein schwarz-blauer Schöffenrat per Pressecommuniqué Schützenhilfe von Seiten der Fédération des Artisans. Obwohl die Ausschreibungsphase den Mamer BürgerInnen äußerst diskret mitgeteilt worden war (siehe woxx 1186), hatten mehrere hundert BürgerInnen fristgerecht Einspruch eingelegt und somit die Betreiber des PAG - also die Ratsmehrheit - dazu gezwungen, ihr Ziel eines 3,34-Prozent-Wachstums (der Pacte logement sieht ein Wachstum von 1,5 Prozent vor) zu rechtfertigen. In einem offenen Brief an die Handwerkervereinigung werfen die Mamer Grünen deren Sprecher vor, die Argumente des Schöffenrates „eins zu eins“ übernommen zu haben und so einem „Hirngespinnst“ aufgesessen zu sein. Die PAG-Kritiker seien nicht gegen weitere Wohnungen. Die Forderung der Handwerkerlobby an die Gemeinde „zusätzliches Bauland auszuweisen und so den Trend ständig steigender Preise zu brechen“ stehe im Widerspruch zur Tatsache, dass trotz der Mamer Wachstumspolitik die Preise explodiert seien. Der Schöffenrat habe kürzlich einen Ar-Preis von 100 000 Euro verlangt für ein Stück Bauland, auf dem nicht einmal die kleinste Wohnung Platz finde. Stattdessen solle die Gemeinde selbst Land erwerben und für erschwinglichen Wohnungsbau zur Verfügung stellen, um so wenigstens die Bodenspekulation einzuschränken.